

Liebe Genossinnen und Genossen.

Wer von euch weiß noch, wann er auf die Idee kam, der SPD beizutreten?

Als ich damals in meinem Studienseminar saß und die Dozentin fragte, wie viele der Anwesenden aus Nicht-Akademiker-Haushalten stammen, habe ich nicht glauben wollen, dass sich mit mir gerade mal eine Handvoll anderer Leute melden - und das im Jahr 2010. Klar habe ich schon immer SPD gewählt, aber nach diesem Erlebnis habe ich mir gesagt: wenn ich wirklich etwas verändern will, dann muss ich selbst aktiv werden, dann muss ich in die SPD eintreten - und das habe ich auch direkt gemacht.

Aber wie packt Frau das am besten an, wenn es darum geht etwas zu verändern? Erfahrungen sammeln, sich eigene Meinungen bilden, mit vielen Leuten ins Gespräch kommen und Einsatz in den Gremien zeigen - was man eben so macht, wenn man sich politisch engagiert. Und als Ortsvereinsvorsitzende in Bierstadt und stellv. Vorsitzende in Wiesbaden kann ich sagen: für jeden einzelnen Erfolg hat es sich gelohnt zu streiten - ob für den Ausbau der Kinderbetreuung oder der Schulsozialarbeit ... für all die Themen, die nur durch uns Sozialdemokraten vorangetrieben wurden. Das zeigt, dass wir auf kommunaler Ebene unglaublich viel bewirken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Patricia Eck; ich bin 33 Jahre alt und komme aus dem schönen Bierstadt. Seit fünf Jahren arbeite ich als Fachreferentin für Soziales - derzeit mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ - bei der Stadt Wiesbaden. Ich möchte als eure Kandidatin für die Landtagswahl im kommenden Jahr antreten. Aber warum zieht es mich Richtung Land? Weil in der Landespolitik große Herausforderungen vor uns liegen; weil gerade dort die entscheidenden Weichen für zwei Themen gestellt werden, die mir am Herzen liegen: Wohnen und Bildung. Und wenn wir uns - ob am Schreibtisch oder beim Bäcker - mit der Frage auseinandersetzen, wie die Wohnraumpolitik der Zukunft aussehen muss, können wir eines ganz konkret feststellen: Wohnen ist teuer. Laut dem Wiesbadener Mieterbund muss man heute für 90qm rund 900€ Miete aufbringen. Wenn aber die Mietkosten im Durchschnitt inzwischen ein Drittel unseres Einkommens ausmachen, dann sprechen wir hier von einem Monatsnettoeinkommen von rund 3000€. Die wollen erstmal verdient sein.

Aber die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung gestaltet sich allgemein immer schwieriger. Allein im Rhein-Main Gebiet werden in den nächsten 15 Jahren 155.000 Wohnungen fehlen. Ich frage euch: wer soll sich bei diesen Entwicklungen Wohnen in

Zukunft noch leisten können? Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir eine Wohnraumpolitik, die dafür sorgt, dass Wohnraum vorhanden und bezahlbar ist. Die derzeitige Landesregierung hat hier bisher leider nichts vorzuweisen:

- allein in Hessen müssten pro Jahr rund 37.000 Wohnungen entstehen - aber schon der Blick auf das letzte Jahr zeigt: Ziel verfehlt - 17.000 Wohnungen zu wenig gebaut;
- die Hessische Bauordnung wurde bei der Neufassung nicht entrümpelt - obwohl gerade die Dauer der Genehmigungsverfahren ein Kostentreiber im Bau ist;
- und der „Masterplan Wohnen“ der schwarz-grünen Landesregierung ist auch nur eine weitere Nebelkerze: hier werden verfügbare Gelder über mehrere Haushaltsjahre zusammengerechnet und dann noch Bundesmittel mit einbezogen;
- wenn wir aber gleichzeitig feststellen, dass von 2013 bis 2015 die Mietpreisbindungen für rund 15.000 Sozialwohnungen in Hessen weggefallen sind - während pro Jahr nur 2000 geförderte Wohnungen neu gebaut werden - dann muss einem diese Diskrepanz doch auffallen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können zeigen, wie wir es besser machen:

- und dafür braucht es eine gesicherte finanzielle Unterstützung durch das Land;
- weitere Förderungen durch Projekte wie „Soziale Stadt“;
- Unterstützung von alternativen Wohnformen, barrierefreien und auch energetischen Bauweisen;
- und ja - auch bei der Mietpreisbremse muss vielleicht nachjustiert werden, wenn vielerorts beklagt wird, dass es als wirksames Instrument derzeit noch nicht greift.

Vor allem aber, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir dringend in den Neubau investieren, damit der Druck auf die Bestandswohnungen nicht noch weiter steigt - und damit natürlich auch der Mietpreis.

Und dann sind da noch die oft zitierte Krankenschwester und der Polizist, um bei einem klassischen Beispiel zu bleiben, die eben nicht nur die Miete und alles was sonst so monatlich anfällt, bezahlen müssen. Sondern die auch dafür sorgen, dass der kleine Ben, das Nesthäkchen Marie und der große Bruder Lars in die Betreuung gehen können. Denn - ganz unabhängig davon ob Alleinerziehend oder nicht - die meisten Familien sind doch schon heute auf eine ganztägige Kinderbetreuung angewiesen. Allein in Wiesbaden nehmen schon rund 80% einen Ganztagsplatz im Kindergarten in Anspruch.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr erinnert euch sicher noch, dass Ende August ein Thema in der Presse rauf und runter lief: die hessische Landesregierung schafft die Kitagebühr ab...

... aber nur für die 3 bis 6jährigen,

... und nur für 6 Stunden am Tag,

... und nur pauschal mit 136€ finanziert.

Das können wir besser, liebe Genossinnen und Genossen!

Das 4-Stufen-Modell der SPD Landtagsfraktion zur kostenfreien Bildung mag schrittweise vorangehen, mag vielleicht auch länger dauern - aber es vermag vor allem eines: kostenfreie Bildung von Anfang an sicherzustellen! Und das nicht auf dem Rücken der Kommunen, die sich neben der Sicherung der Qualitätsstandards auch noch mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie den dringend erforderlichen Platzausbau stemmen sollen oder wo sie noch qualifiziertes Personal finden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Pädagogin finde ich eine moderne, fortschrittliche Bildungspolitik wichtig.

Und das heißt nicht automatisch Digitalisierung - vorher sollte die Schule zuallererst mal kein Sanierungsfall mehr sein. Und auch wenn das Land sich mit der Weitergabe von KIP-Mitteln an die Kommunen brüstet: damit können wir uns gerade mal eine halbe Schule leisten - natürlich nur, wenn wir uns auch kommunal beteiligen. Das ist nicht der große Wurf, um Kommunen dabei zu unterstützen, etwas gegen marode Schulen zu tun, liebe Genossinnen und Genossen. Das sind nur zwei Beispiele; die hessische Landesschülervertretung hat ganze 95 Thesen am Reformationstag vor dem Hessischen Kultusministerium an eine Tür genagelt, um aufzuzeigen, wo es in der Bildungspolitik hakt. Und was macht die hessische Landesregierung?

- Statt echter Ganztagschulen müssen wir Schulen überreden in den Pakt für den Nachmittag zu gehen und führen damit quasi Schulgeld durch die Hintertür ein.
- Statt Lehrer gleich - und vor allem durchgängig 365 Tage im Jahr zu bezahlen - begegnen wir dem Lehrermangel, indem wir knapp 6.000 Personen einstellen, die als Seiteneinsteiger ihren Weg in die Schule finden.
- Statt Schulen mit Blick auf die Herausforderung bei Inklusion und Integration zu unterstützen, scheint die Mehrbelastung der Lehrkräfte nicht ernstgenommen zu werden.
- Statt 1/3 der Kosten für Schulsozialarbeit zu übernehmen, sollen jetzt - nachdem jahrelang die entsprechenden Anträge der SPD mit dem Hinweis, dies sei Sache der Kommunen,

abgelehnt wurden - 700 neue Stellen für Schulsozialarbeit in ganz Hessen geschaffen werden - aber deckt das denn wirklich den Bedarf vor Ort?

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute entscheiden Bildungsabschlüsse doch mehr als je zuvor über Zukunftschancen. Da kann man es Eltern nicht verdenken, wenn sie ihre Kinder am Gymnasium anmelden, um etwas „besseres“ für sie zu erreichen? Als ich damals zur Schule gegangen bin, war es gar kein Problem zunächst die Realschule in Naurod zu besuchen und danach auf ein Oberstufengymnasium zu wechseln. Heute ist das Gymnasium bzw. das Abitur schon die Regel geworden. Und immer mehr Schülerinnen und Schüler wechseln nach dem Abi direkt auf die Uni - weil eine Berufsausbildung, z.B. im Handwerk oder in der Industrie, an Wert zu verlieren scheint und bei weitem nicht mehr die gleiche Attraktivität hat wie noch vor 10/15 Jahren.

Bildung ist wichtig, liebe Genossinnen und Genossen - deshalb müssen wir endlich der Ungleichverteilung von Bildung entgegenwirken...um zu verhindern, dass der Bildungsabschluss vom Geldbeutel der Eltern abhängt und jede Schülerin und jeder Schüler die Chance hat, das Beste aus sich zu machen...

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte für den Wahlkreis 31 kandidieren, in dem ich aufgewachsen, in dem ich zu Hause bin. Der Wahlkreis 31 zeichnet sich angeblich dadurch aus, dass hier nicht gerade eine SPD Hochburg die nächste jagt. Aber in 11 von 17 Stadtteilen stellen wir - die SPD - die Ortsvorsteherin oder den Ortsvorsteher. Das zeigt doch, dass wir gute Arbeit leisten, die Menschen mitnehmen und genau wissen, wo vor Ort der Schuh drückt. Und genau deshalb machen wir Politik. Von diesen Menschen werden wir gewählt. Und wir werden gewählt, um ihre Interessen zu vertreten - in Wiesbaden und auch im Land Hessen. Der Weg, der in den Landtag führt, wird nicht einfach werden. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass es gelingen kann. Oder sollte ich lieber sagen: dass es gelingen muss. Denn nach mehr als 18 Jahren CDU-Regierung ist die Zeit mehr als Reif für einen Wechsel in Hessen! Wir brauchen in der Landesregierung endlich wieder klare und deutliche sozialdemokratische Stimmen. Stimmen, die sich der derzeitigen schwarz-grün geführten Mangelverwaltung und dem Stillstand entgegen stellen und zeigen wie es besser geht. Wir brauchen in der Landesregierung endlich wieder eine Politik, welche die Menschen mitnimmt und in den Mittelpunkt stellt.

Wir müssen zeigen, welche Vision wir für die Zukunft in Hessen haben - und meine Vision?

In Zukunft ...

... ist meine Schule eine Ganztagschule, ist nicht marode, sondern kann mit der Digitalisierung mithalten, ist modern und kostenfrei, fortschrittlich und fördert Schüler ganz individuell - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

In Zukunft ...

... haben wir eine ortsbezogene Wohnraumpolitik, bei der das Land mehr Geld in die Hand nimmt, damit sich wohnen jeder leisten kann; damit die verschiedensten Wohnformen, unterstützt und Stadtteile auch in Zukunft gezielt gefördert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Willy Brandt sagte einst: „Der Beste Weg, die Zukunft voraus zu sagen, ist sie zu gestalten“
- und genau das muss auch unser Ziel sein.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit euch daran zu arbeiten, wie wir unsere Inhalte wieder besser deutlich machen können.

Ich will mich für unsere politischen Ziele stark machen - aus Überzeugung, aus Spaß an der politischen Arbeit – aber vor allem weil ich daran glaube, dass wir gemeinsam Dinge verändern können.

Deshalb werbe ich für euer Vertrauen!

Deshalb werbe ich für eure Stimme!

Vielen Dank.